

23.01.2024

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

Europa unter Attacke von Rechtsaußen – NRW als Bollwerk der Demokratie!

zu dem Antrag „**Nordrhein-Westfalen – stark in Europa**“

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7767

I. Ausgangslage

Deutsche und österreichische Rechtsextreme fantasieren hinter nur halb-verschlossenen Türen über die Deportation von Millionen unliebsamer deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, mitten in der italienischen Hauptstadt Rom zeigen Hunderte von Neonazis ungeniert den faschistischen Gruß, das Vereinigte Königreich plant Asylbewerberinnen und -bewerber rechtswidrig in einen Drittstaat abzuschieben und in Ungarn regiert ein Autokrat, dessen perfide Methoden der Demokratiezersetzung so erfolgreich sind, dass Donald Trump ihn jüngst zum Vorbild für seine mögliche zweite Amtszeit erklärt hat – in der er übrigens „in den ersten Tagen wie ein Diktator“ agieren werde.

Keine Frage: Die liberalen Demokratien in der Welt und gerade in Europa stehen unter massivem Beschuss – auch und gerade von Verfassungsfeinden im Inneren.

Aber es gibt auch Anlass zur Hoffnung: In der letzten Woche haben sich hunderttausende Menschen in NRW und in ganz Deutschland lautstark und klar für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ausgesprochen und die Verteidigung unserer freiheitlichen Werte auf die Straße getragen.

Und in Polen hat die Bevölkerung nach langen Jahren der illiberalen und autoritären PiS-Regierung der weiteren Aushöhlung ihrer Demokratie und der Entmachtung ihrer Justiz eine klare Absage erteilt. Donald Tusk, der ehemalige Präsident des Europäischen Rates und neue Ministerpräsident, wird Polen konsolidieren und in Zukunft wieder zu einem verlässlichen und starken Partner in der EU machen.

Diese beiden Lichtblicke im In- und Ausland zeigen uns, dass wir für unsere Demokratie und unsere freiheitlichen Prinzipien hier in NRW und in Europa aufstehen müssen und nicht zulassen können, dass die populistischen und hetzerischen Parolen der Rechtsextremen in die Mitte unserer Gesellschaft getragen werden.

Datum des Originals: 23.01.2024/Ausgegeben: 23.01.2024

Rechtsextreme müssen geächtet werden und ihre menschenverachtenden Narrative und Pläne von den demokratischen Parteien geschlossen und in unmissverständlicher Klarheit zurückgewiesen werden.

Dafür genügt es allerdings nicht, den Status quo in Europa wie in NRW zu administrieren und den Bürokratieabbau zur politischen Leitlinie zu überhöhen.

Wir sind es gerade den vielen jungen Erstwählerinnen und Erstwählern schuldig, ihnen die Tragweite und die große Bedeutung ihrer Wahlentscheidung klar zu machen und sie darin zu bestärken für Sicherheit, Frieden, Wohlstand, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa, Deutschland und NRW aufzustehen. Denn das, was wir haben, ist nicht selbstverständlich, sondern muss immer wieder aufs Neue erkämpft werden.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- dass die Angriffe von Rechtsextremen im In- und Ausland auf die Grundfesten unserer demokratischen Ordnung in den letzten Wochen und Monaten eine neue Dimension erreicht haben.
- dass das zur Schau tragen und das unverhohlene Selbstbewusstsein von rechtsextremen Kräften eine konzertierte und massive Reaktion der Demokratinnen und Demokraten in unserem Land erfordert.
- dass wir im Angesicht dieser Ereignisse und Vorgänge den Kampf gegen Rechtsaußen zur Priorität im Europawahlkampf machen und das Engagement der Menschen, die nun dagegen aufstehen, unterstützen müssen und nicht einfach nur zur Kenntnis nehmen können.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung:

- ihre europapolitischen Prioritäten im Lichte der jüngsten Ereignisse zu überarbeiten und um den Fokus auf den Kampf gegen den Rechtsextremismus zu erweitern.
- aus vorhandenen Mitteln die Programme im Schul- und Bildungsbereich, insbesondere die Landeszentrale für Politische Bildung, zu stärken und für den Kampf gegen Rechts zu rüsten.
- sich mit all ihren Möglichkeiten in Brüssel dafür stark zu machen, die Gefahren rechtsextremer Kräfte für unsere europäischen Demokratien und für die europäische Einigung zur Priorität in Vorbereitung auf die Europawahl im Juni zu machen.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
André Stinka
Alexander Vogt
Inge Blask

und Fraktion